

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 1/26. Jg.

Mitteilungsblatt

Mai 2020

Zu dieser Ausgabe:

Wir gedenken unseres im 70. Lebensjahr verstorbenen Genossen und Historikerkollegen Dr. Reiner Zilkenat. Seit seiner Studentenzeit fest mit der revolutionären sozialistischen Bewegung verbunden, trug er durch solide Forschungen, insbesondere zur Arbeiterbewegung und zum antifaschistischen Kampf in der Weimarer Republik, und eine unermüdete niveauvolle publizistische und Vortragstätigkeit zur wissenschaftlichen und politischen Aufklärung bei. Unserem Arbeitskreis war er ein aktiver, höchst anregender Mitstreiter. Wir werden ihn sehr vermissen.

Diese Ausgabe ist Problemen der Geschichte der Weimarer Republik gewidmet, deren Wirkungen bis in unsere Zeit reichen, deren Wesen heute noch umstritten ist und deren Lehren auch für die Zukunft unvermindert von Bedeutung sind. *Günter Wehner* erörtert Motivationen, Bedingungen und Ansatzpunkte des Kapp-Lüttwitz-Putsches und seinen Verlauf, beleuchtet die Rolle des Generalstreiks und die Entwicklung der machtvollen bewaffneten Massenaktionen, die zum raschen Zusammenbruch des Putsches führten; des weiteren den Verrat der Regierenden an den Kämpfenden, der sie um die Früchte ihres Sieges brachte. *Heinz Karl* zeigt auf, wie im Ergebnis des Wiedererstarkens des deutschen Imperialismus seit Mitte der 20er Jahre mit dem Übergang zur Präsidialdiktatur 1930 von der imperialistischen Bourgeoisie ein Faschisierungsprozess eingeleitet wird, der im Frühjahr 1933 seine Vollendung findet – eine Entwicklung, deren bürgerliches, kapitalistisches Wesen (und die damit verbundene historische Verantwortung) durch die demagogische und imperialismusapologetische Charakteristik als „Nationalsozialistische Machtergreifung“ verschleiert und verfälscht wird.

Schließlich äußern wir uns dazu, wie die durch die Coronapandemie gegebenen Bedingungen sich auf die von uns geplanten Veranstaltungen des Marxistischen Arbeitskreises auswirken.

Die nächste Nummer der *Geschichtskorrespondenz* erscheint im Juli 2020.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Dr. Günter Wehner Der Kapp-Lüttwitz-Putsch	S. 3
Prof. Dr. Heinz Karl Schlüsseljahr 1930. Arbeiterbewegung und faschistische Gefahr.	S. 7
Zu den weiteren Veranstaltungen des Arbeitskreises 2020	S. 14

Impressum: Die *Geschichtskorrespondenz* erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises per E-Mail kostenlos zur Verfügung gestellt.

E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de

Neue Interessenten teilen bitte ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der Kontaktadressen mit.

Die *Geschichtskorrespondenz* kann unter www.die-linke.de/geschichtskorrespondenz im Internet abgerufen werden.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Dr. Günter Wehner

Der Kapp-Lüttwitz-Putsch

Wolfgang Kapp gehörte zum Hauptvorstand der Deutschnationalen Volkspartei und war Generallandschaftsdirektor a. D. von Ostpreußen. Lüttwitz war kommandierender General der Reichswehr der Truppen in Berlin.

Beide waren rechtskonservative Persönlichkeiten, die der jungen Weimarer Republik ablehnend gegenüberstanden. Insbesondere wandten sie sich gegen die Arbeiterrechte, die in der Novemberrevolution 1918 errungen worden waren.

Der Putsch hatte einen langen Vorlauf. Es kam am 13. Januar 1920 zu einer Massendemonstration von 40 000 Berliner Arbeitern vor dem Reichstag in Berlin, es ging um das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte.

Das Parlamentsgebäude, an dessen Portal kurz zuvor die Inschrift „Dem Deutschen Volk“ angebracht worden war, wurde auf Anordnung des Reichswehrminister Noske unter Billigung des sozialdemokratischen preußischen Innenminister Heine von schwerbewaffneten Truppen besetzt, geführt von Lüttwitz. Er ließ provokatorisch auf die unbewaffneten demonstrierenden Arbeiter schießen. Im Maschinengewehrfeuer kamen 42 Demonstranten um und 150 Verwundete blieben auf dem Pflaster.

Die Übertragung der vollziehenden Gewalt an das Militär ermunterte Kapp und Lüttwitz, die schon lange schwelenden Putschpläne zu verwirklichen und die verhasste Republik zu stürzen und eine Militärdiktatur zu errichten. Bei der Vorbereitung des Putsches spielte die Verzögerung der Durchführung des Versailler Vertrages eine große Rolle. Mit Hinweisen auf die innere und äußere bolschewistische Gefahr hatte die Regierung die bis zum 31 März 1920 abzuschließende Reduzierung des Heeres auf 100 000 Mann verzögert. Die Entwaffnungsfrage wurde nunmehr zum Anlass für die Auslösung des Putsches genommen. Am frühen Morgen des 13. März 1920 marschierte die in Döberitz b. Berlin stationierte Brigade Erhardt mit schwarz-weiß-roten Fahnen und dem Hakenkreuz am Stahlhelm durch das Brandenburger Tor in Berlin ein. Wenige Stunden zuvor hatte die Regierung den Chef des Truppenamtes Hans v. Seeckt um Hilfe gegen die anrückenden Meuterer ersucht. Nach dessen kaltschnäuziger Antwort, dass Reichswehr nicht auf Reichswehr schieße, beschlossen der Reichspräsident Ebert und die Regierung nach Dresden zu fliehen.

Triumphierend nahmen Lüttwitz und Kapp die leeren Ministersessel in Besitz. Sie verwandelten das Berliner Regierungsviertel in ein konterrevolutionäres Heerlager. Kapp, der sich zum Reichskanzler ernannte, erklärte die flüchtige Regierung für abgesetzt, die Nationalversammlung für aufgelöst und erließ umgehend Verordnungen über die Einführung der Todesstrafe gegen Streikende und Hetzer. Rechtsreaktionäre Offiziere und Freikorpsbanden in Mitteldeutschland, Mecklenburg, Hamburg, Kiel in Pommern, Ostpreußen und in Schlesien schlossen sich dem Putsch an und versuchten die Konterrevolution in ihren lokalen Bereichen mit Gewalt durchzusetzen.

Die Putschisten wussten, dass das Regime der Ebert und Noske bei den revolutionären Arbeitern verhasst war und glaubten deshalb, das Proletariat werde sich nicht bereit finden, für die Verteidigung der Republik zu kämpfen; doch hier irrten sich die Putschisten gründlich. Millionen Arbeiter, Angestellte sowie parteilose Bürger erkannten, dass sich der Angriff der extremen Konterrevolution gegen ihre ureigensten Interessen richtete und erhoben sich mit elementarer Wucht gegen die Putschisten. Angesichts der tödlichen Gefahr, die das militärische Abenteuer für die mit gewaltigen Opfern erkämpften demokratischen Errungenschaften heraufbeschwor, besann sich das Proletariat auf seine mächtigste Waffe: den Generalstreik und die Aktionseinheit.

Bereits am 13. März 1920 kam es in den meisten Industriegebieten zu stürmischen Versammlungen, Demonstrationen und zum Aufruf des Generalstreiks. Streikappelle erließen die KPD-Organisationen in Rheinland-Westfalen und im Bezirk Erzgebirge-Vogtland. Vielerorts traten die Kommunisten in die Streikleitungen sowie die Aktionsausschüsse ein und drängten

am nachdrücklichsten auf entschiedene Kampfmaßnahmen gegen die Putschisten.

In Berlin hatten die Führungen der SPD, der USPD und der Gewerkschaften zum Generalstreik aufgerufen. Sie stützten sich dabei auf die Arbeiter und Angestellten der Berliner Großbetriebe und die revolutionären Kräfte der Industrieorte in Hennigsdorf und Velten. Nunmehr schloss sich die sozialdemokratisch-bürgerliche Regierung, die von den Regierungstruppen im Stich gelassen wurde, dem Aufruf zum Generalstreik an.

Während Kapp und Lüttwitz in der Reichskanzlei residierten, standen alle Bereiche der Wirtschaft, des Verkehrs und des Nachrichtensbereichs im ganzen Land still. Mit der bis dahin gewaltigsten Einheitsaktion der deutschen Arbeiterklasse erlebte Deutschland den Höhepunkt der Streikbewegung in seiner Geschichte.

Am Montag dem 15. März, hatten bereits ca. zwölf Millionen Werktätige die Arbeit niedergelegt. In Mitteldeutschland, im Ruhrgebiet und in anderen Gebieten schlossen die Orts- und Bezirksorganisationen Abkommen über gemeinsame Abwehrformen gegen die Putschisten und bildeten mannigfaltige Einheitsorgane zur geschlossenen Führung des Kampfes. In verschiedenen Städten, so zum Beispiel in Chemnitz, Eberswalde, Forst sowie der Industriegemeinde Hennigsdorf und der Stadt Velten, übernahmen diese Einheitsorgane bzw. Vollzugsräte auf Initiative der KPD die örtliche Regierungsgewalt. Die Arbeiter begannen geheime Waffenlager der Freikorps, so zum Beispiel in Berlin-Spandau, auszuheben. Sie entwaffneten verschiedene reaktionäre Formationen und bemächtigten sich in einzelnen Orten der Waffenfabriken und Truppenübungsplätze.

Zu schweren Kämpfen kam es in Berlin, Dresden, Hennigsdorf, Leipzig sowie im Mansfelder und Senftenberger Industriegebiet.

In Mecklenburg und anderen Teilen Norddeutschlands traten auch die Landarbeiter in die Reihe der Streikenden. Zusammenfassend ist festzustellen: Der Generalstreik erfasste ganz Deutschland und die Putschisten wurden am 17. März 1920 hinweggefegt. Kapp flüchtete nach Schweden, Lüttwitz, dem die Weimarer Regierung später eine hohe Pension zahlte, reichte seine Entlassung aus dem Militär ein.

Der Versuch, eine Militärdiktatur im Land zu errichten, brach unter der Wucht des Generalstreiks völlig zusammen. Die einmütigen Kampfaktionen der Werktätigen hatten die Bourgeoisie in die Defensive gedrängt und ihre reaktionären Kräfte isoliert. Der Sieg der Arbeiterklasse über die Putschisten offenbarte die gewaltige Kraft der einheitlich handelnden Werktätigen. Mit dem Sieg über die extremen konterrevolutionären Kräfte des deutschen Monopolkapitals halfen die deutschen Arbeiter, den Plan der Weltreaktion zu vereiteln, Deutschland in den antisowjetischen Kampf einzubeziehen.

Trotz der Niederschlagung des Putsches stellten weiterhin von konterrevolutionären Offizieren befehligte militärische Formationen eine ernste Gefahr für die Normalisierung des Lebens im Land dar. Die in Plauen stationierten Reichswehrebataillone zogen am 20. März 1920 durch das Gebiet des Volksstaates Reuß, um in Leipzig konterrevolutionäre Verbände zu unterstützen. Bei Zickra-Greiz wurden sie von 2000 organisierten und bewaffneten Arbeitern, die aus ostthüringischen und westsächsischen Orten herbeigeeilt waren, umzingelt und nach längeren Verhandlungen zur Abgabe von zwei Dritteln ihrer Waffen und zum Abzug gezwungen. Dieses Ereignis ist als Schlacht bei Zickra bekannt geworden. Der Vertrag vom 21. März 1920 über die Kapitulation dieser Reichswehrtruppen ist ein wichtiges Dokument der Arbeiterbewegung während der revolutionären März-Ereignisse von 1920 im Raum Gera-Greiz.(1))

Mit dem bloßen Abzug der Putschisten aus Berlin und der Schrittmacher Kapp und Lüttwitz konnte sich aber die Arbeiterklasse nicht zufrieden geben. Ihr nächstes Ziel, die militärischen Formationen der reaktionären Kräfte aus dem Staatsapparat zu entfernen, erforderte eine Änderung der Regierung. Dies verstanden nicht nur die Kommunisten, sondern auch große Teile der zur USPD und SPD gehörenden Arbeiter. Die sozialdemokratische Bezirksorganisation von Groß-Berlin forderte in einem Flugblatt: Wir verlangen eine Regierung, die den Kampf gegen die deutschnational-militärische Reaktion mit eiserner Energie weiterführt und beendet. Diese revolutionäre Forderung lehnte die rechte SPD-Führung ab. Unmittelbar nach der Flucht

der Putschisten erklärte sie, der Generalstreik habe sein Ziel erreicht und seine Fortführung sei gegenstandslos geworden. Diese verräterische Parole führte schon am 18. und 19. März zum ersten Abflauen des Streiks. Am 20. März, als der Reichspräsident und das Kabinett nach Berlin zurückkehrten, beschloss die alte Regierung ein Achtpunkteprogramm mit dem ADGB, das den Reformisten dazu dienen sollte, den Abbruch des Generalstreiks zu rechtfertigen. Die Regierungsvertreter verpflichteten sich, die Bestrafung aller am Kapp-Putsch Beteiligten, die Auflösung aller konterrevolutionären militärischen Verbände sowie die Reinigung des Verwaltungsapparates von Reaktionären durchzuführen. Ferner sollte die Gewährung größerer politischer und sozialpolitischer Rechte für die Werktätigen in Angriff genommen werden. Es wurden aber keine konkreten Garantien für die Durchführung der genannten Punkte gegeben. Die alte Regierung griff zur bewährten Waffe der Demagogie. Sie versprach die sofortige Sozialisierung nebst der Wiederberufung der Sozialisierungskommission. Zur Besänftigung der Massen wurde der Rücktritt der beiden am meisten verhassten Minister Noske und Heine durchgeführt.

Obwohl der Appell zum Abbruch des Generalstreiks vorerst nur im geringen Umfang befolgt wurde, sprengte er dennoch die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, da die USPD-Führung mit der Regierung zu verhandeln begann. Sie schloss sich dem Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit an. Unter dem Einfluss der Kommunisten und der revolutionären Kräfte innerhalb der USPD setzten die Werktätigen in vielen Gebieten des Landes ihren Kampf gegen die Reaktion fort.

Nun ging die Regierung ein offenes Bündnis mit den Militaristen ein. Ebert bestätigte die schon am 17. März 1920 vorgenommene Ernennung des General Seeckts zum Chef der Heeresleitung erneut. Er wiederholte den Pakt von 1918/19 mit Hindenburg und Groener gegen die Arbeiterklasse. Freiwillige und Zeitfreiwillige, die eben noch mit der Waffe in der Hand für Kapp und Konsorten eingetreten waren, wurden zur blutigen Niederschlagung der für die Demokratie eintretenden Arbeiter eingesetzt. In Berlin und den umliegenden Orten wie Hennigsdorf, Velten und Spandau kam es zu schweren Kämpfen. Am schwersten spitzte sich die Lage im industriellen Herzen Deutschlands, im Ruhrgebiet, zu. Hier, wo die USPD besonders großen Einfluss besaß, wurde der Abwehrkampf gegen die Militärdiktatur am bewusstesten und am organisiertesten geführt. Gegen die Formationen der Kappputschisten hatten die Arbeiter eine Rote Ruhearmee gebildet, die bis zu 100 000 Mann stark war und auch gut bewaffnet war. Die aus Kommunisten, USPD-Mitgliedern, Sozialdemokraten/Christen und Parteilosen bestehende Arbeiterarmee war eine mächtige Waffe im Ringen für die Sicherung und Weiterführung der revolutionären Errungenschaften des Proletariats. Deshalb stellte die alte Regierung die Aufgabe, die Rote Ruhrarmee um jeden Preis zu zerschlagen. Sie setzte nunmehr die Reichswehr und Freikorps gegen die Rote Ruhrarmee ein.

Mit welcher Grausamkeit die im Dienst der Regierung stehenden weißen Truppen gegen die revolutionären Kämpfer vorgingen, bezeugt unter anderem ein veröffentlichter Privatbrief eines Freikorpsmannes aus der Brigade Epp, in dem es hieß: „Pardon gibt es überhaupt nicht. Selbst die Verwundeten erschießen wir noch. Die Begeisterung ist großartig, fast unglaublich. Unser Bataillon hat zwei Tote. Die Roten 200 bis 300. Alles was uns in die Hände kommt, wird mit dem Gewehrkolben zuerst abgefertigt und dann noch mit der Kugel. Wer mit einer Waffe angetroffen wird ist unser Gegner und muss dran glauben. Gegen die Franzosen waren wir im Feld viel humaner.“(2)

Der unmenschliche Terror, die Isoliertheit der Ruhrarbeiter und die von der sozialdemokratischen Führung gestiftete Verwirrung ermöglichten der Regierung, Anfang April 1920 die Lage in ihrem Sinne wiederherzustellen. Hunderte von Arbeitern, darunter viele Frauen und Jugendliche, wurden standrechtlich erschossen und Tausende erhielten hohe Haftstrafen. Die Putschisten dagegen gingen bis auf wenige straffrei aus.

Der Kapp-Putsch lehrt uns, dass mit der geballten Kraft des Generalstreiks die Putschisten gestürzt und in die Flucht geschlagen werden konnten, aber zugleich auch, dass beim Verhandeln mit der alten Regierung nicht auf vage Versprechen eingegangen werden darf und die geschaffene Aktionseinheit nicht aufgegeben werden darf.

Da es der Ebert-Regierung gelang, die Werktätigen bewusst zu täuschen, konnte das alte arbeiterfeindliche Regierungssystem der Weimarer Republik fortgesetzt werden.

In nüchterner Einschätzung des Kräfteverhältnisses nach dem Kapp-Putsch und nach der Zerschlagung der Roten Ruharmee sowie der weitgehenden Entwaffnung des Proletariats im Land orientierte die Zentrale der KPD sich auf einen langen Kampf um die Hirne und Herzen der Werktätigen, auf die Teilnahme an den Wahlen ebenso wie auf die ideologische Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften. Der Kapp-Putsch trug wesentlich dazu bei, den Arbeitern politische Erfahrungen zu vermitteln.

Literaturhinweis: Klaus Gietinger Kapp-Putsch 1920 – Abwehrkämpfe – Rote Ruharmee, Stuttgart 2020.

Anmerkungen:

(1) Aus Tausend Jahren Deutscher Geschichte Berlin. 1989, S. 211.

(2) Vgl. E. Bauer: Der Ruhraufstand 1920. Berlin 1964, S. 591

Prof. Dr. Heinz Karl

Schlüsseljahr 1930. Arbeiterbewegung und faschistische Gefahr*

Der imperialistische Kapitalismus - und mit ihm verbundene gesellschaftliche Kräfte und Strukturen: Militarismus, zeitweise auch Faschismus – hat die Entwicklung Deutschlands in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts *bestimmt, sie geprägt*, in seiner zweiten Hälfte im Westen immer noch dominiert, im Osten sehr negativ beeinflusst, gestört und gehemmt, und er beherrscht es seit drei Jahrzehnten wieder ungeteilt.

Ihm gegenüber standen und stehen Kräfte und Organisationen, vor allem der Arbeiterklasse, der Lohnabhängigen – teils konsequent, teils kompromissbereit bis angepasst -, die objektiv eine Alternative zur Herrschaft des Kapitals verkörpern und zum Teil auch subjektiv um die Durchsetzung einer solchen antiimperialistischen Alternative gerungen haben und weiterhin ringen.

Die Erfahrungen dieser Kämpfe, die aus ihnen zu ziehenden Lehren und Schlussfolgerungen sind auch für Gegenwart und Zukunft wichtig, ja *unentbehrlich*. Von ihnen soll hier die Rede sein.

Der deutsche Imperialismus – von seinen Anfängen an extrem militaristisch – entfesselte und verlor den Ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution 1918/19 beinahe auch die Macht. Die daraus von seinen Eliten gezogenen Konsequenzen entsprachen ganz seinem Wesen. Sie hatten im November 1918 einen Waffenstillstand abschließen müssen, der einer Kapitulation gleichkam, und unterzeichneten im Juni 1919 in Versailles ein Friedensdiktat, das ihre Niederlage festschrieb. Und ihre Schlussfolgerung, nach der sie dann ein Vierteljahrhundert lang strikt und stur handelten, lautete: „Wenn man um die Weltherrschaft kämpfen will, muß man dies von langer Hand vorausschauend mit rücksichtsloser Konsequenz vorbereiten. ... Dazu gehört aber, daß der Grund und Boden, auf dem man steht, im Innern wie nach außen fest und unerschütterlich bleibt.“/1/ So am 19. Mai 1919, gut zwei Wochen vor Versailles, in einer Beratung der Obersten Heeresleitung deren „zweiter Mann“ nach Hindenburg, Generalleutnant Groener.

In den Jahren der revolutionären Nachkriegskrise gelang es, vorwiegend durch Koalitionsregierungen unter Teilnahme der SPD, die bürgerlichen Machtverhältnisse zu behaupten. Eine gewichtige politische Tatsache war, dass es gelang, die Reichswehr gegen zivile Einflüsse abzuschirmen, gewissermaßen als „Staat im Staate“ zu erhalten.

Seit 1924 wurde Deutschland geradezu zu einem Schaufenster der relativen Stabilisierung des Kapitalismus und zum ökonomisch zweitstärksten Land der Welt nach den USA. Ihr ökonomisches Erstarken bewirkte, dass die deutsche imperialistische Bourgeoisie die parlamentarische Demokratie zunehmend als Hemmnis der Profitmaximierung und einer erneuten imperialistischen Expansion empfand. Auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) im September 1926 forderte dessen Vorsitzender, der IG-Farben-Chef Duisberg, eine Regierung, die „stark und autoritativ“/2/ sei. In der Regierungskrise im Herbst 1926 wirkte die für eine stärkere politische Einflussnahme der militärischen Führung neu geschaffene *Wehrmachtteilung* im Reichswehrministerium auf das Zustandekommen einer noch stärker rechtsorientierten Reichsregierung hin und verwies bereits auf die dann 1930 realisierte Möglichkeit eines Präsidialregimes./3/

Mit dem im Januar 1927 gebildeten 4. Kabinett Marx erhielt Deutschland „die konterrevolutionärste Regierung seit der Novemberrevolution“/4/ (so Ernst Thälmann auf dem 11. Parteitag der KPD im März 1927). Im November/Dezember 1927 forderten die Unternehmerverbände von dieser Regierung, „den Kampf mit der Masse und mit dem Reichstage“ aufzunehmen, legislative und administrative Veränderungen zu vollziehen, die „eine sehr einschneidende Verfassungsänderung“/5/ bedeuten würden.

In dieser Regierung wurde im Januar 1928 Generalleutnant a.D. Wilhelm Groener Reichswehrminister. Das war kein gewöhnlicher Ministerwechsel. Zum ersten Mal in der Weimarer Republik übernahm ein Berufsmilitär dieses Amt, was man bis dahin bewusst

vermieden hatte – zudem der letzte de-facto-Generalstabschef des kaiserlichen Heeres. Aber Groener verfügte auch über umfangreiche politisch-administrative und parlamentarisch-politische Erfahrungen als Reichsverkehrsminister 1920-1923 und genoss in Verwaltung und Wirtschaft Ansehen als Eisenbahnfachmann. Vor allem hatte er seit seiner Tätigkeit als erster Chef des die deutsche Kriegsrüstung leitenden *Kriegsamtes* 1916/17 enge Beziehungen zum deutschen Großkapital, insbesondere zur Rüstungsindustrie. Groener war geradezu prädestiniert, an der Schaltstelle von Politik, Militär und Wirtschaft das von ihm 1919 entwickelte imperialistische Revanchekonzept forciert in die Tat umzusetzen.

Als Groener das Ministeramt übernahm, agierte er zugleich als einer der Gründer des „Bundes zur Erneuerung des Reichs“, der eine autoritäre, dem Wesen nach antiparlamentarische und antidemokratische Staats- und Verwaltungsreform anstrebte. Als neuer Reichswehrminister brachte er das ins Stocken geratene Marinerüstungsprogramm, veraltete Linienschiffe durch hochmoderne Panzerkreuzer zu ersetzen, wieder in Gang. Er sicherte seine erfolgreiche Realisierung, indem er dessen entschiedene Unterstützung durch die SPD-Führung erreichte.

Auch dass die Reichstagswahl im Mai 1928 eine Niederlage der Rechtsparteien brachte und zur Bildung einer Regierung der Großen Koalition unter dem SPD-Kanzler Hermann Müller führte, änderte die Richtung der Entwicklung nicht. Für sie sind zwei Tatbestände charakteristisch. Zum einen, dass Groener auch im Kabinett Müller blieb und die SPD sich voll hinter seine Aufrüstungspolitik stellte. Zum anderen die gegenüber dem 1928 gescheiterten Bürgerblock *noch verschärften* Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Linke, die im Berliner Blutmai 1929 kulminierten./6/

Die treibenden Kräfte dieser Entwicklung treten hervor, wenn im September und Dezember 1929 der RDI einschneidende sozialreaktionäre Maßnahmen verlangt und offen erklärt, dass diese unter einem parlamentarischen Regime nicht durchführbar wären und deshalb auf die Ausschaltung des Reichstages Kurs zu nehmen sei. Es wurde die Forderung nach „einer festen und beständigen Regierung, die durchzugreifen ernsthaft gewillt ist“ und nach einem Ermächtigungsgesetz erhoben und verlangt, „durch Verordnungen den Zustand zu schaffen, den die fehlende Gesetzgebung uns nicht schaffen kann“/7/.

Die KPD, in deren strategisch-taktischer Orientierung seit der 1. Parteikonferenz 1925 und verstärkt seit dem 11. Parteitag 1927 zunehmend eine antiimperialistische, antimonopolistische Tendenz Ausdruck findet, reagierte bemerkenswert früh auf diese gewichtigen, tiefgreifenden politischen Veränderungen. Auf einer Tagung des ZK der KPD am 14. März 1929 analysierte Ernst Thälmann die innenpolitische Lage. Er schätzte ein, dass in Deutschland langsam „eine reaktionäre Umgestaltung der bürgerlichen Staatsordnung“/8/ mit offen diktatorischen und zum Teil halbfaschistischen Methoden vollzogen werde und kennzeichnete die Rechtsentwicklung als „Ansätze in der Entwicklung zum Faschismus“/9/ - jedoch werde diese Entwicklung sich vermutlich nicht „von heute auf morgen“/10/ vollziehen. Eine erstaunlich exakte Prognose! Auf dem 12. Parteitag (Juni 1929) betonte Thälmann schon die besondere Gefährlichkeit der Nazipartei, als diese nach einem halben Jahrzehnt stagnierender, ja rückläufiger Entwicklung wieder erste regionale Wahlerfolge erzielte./11/

Übergang zur Präsidialdiktatur

Seit dem Frühjahr 1929 durch Kreise des Finanzkapitals und der Reichswehrführung vorbereitet, wurde im März 1930 Reichskanzler Hermann Müller (SPD) gestürzt und die SPD von ihren bürgerlichen Koalitionspartnern aus der Regierung verdrängt. Mit dem katholischen Zentrumspolitiker Heinrich Brüning an der Spitze wird ein vom Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall v. Hindenburg, eingesetztes Präsidialkabinett gebildet, das zunehmend – und bald überwiegend – mittels präsidialer Notverordnungen (statt parlamentarischer Gesetze) regiert, das parlamentarische Regierungssystem schrittweise abbaut /12/ und rigoros die demokratischen Rechte und Freiheiten einschränkt. Polizei, Justiz und Geheimdienste (wie das Reichskommissariat und die Staatskommissariate „zur Überwachung der öffentlichen Ordnung“) schützten die Nazis und ähnliche Kräfte; gegen Kommunisten und andere Linke gingen sie mit – oftmals blutigem – Terror vor. Nicht nur Kommunisten, auch Pazifisten, Freidenker, aufrechte

bürgerliche Demokraten wie Carl v. Ossietzky unterlagen einer rigiden politischen Verfolgung.

Das war der erste, der grundlegende Schritt auf dem Wege in die faschistische Diktatur.

Von nun an amtierenden ausschließlich Präsidialkabinette. Die Parteien werden durch Drohungen mit der Auflösung und Neuwahl des Reichstages unter Druck gesetzt.

Regie bei diesen Vorgängen führt im Grunde Kurt v. Schleicher, seit 1929 Generalmajor und Chef des (aus der Wehrmacht abgetrennten) *Ministeramts* im Reichswehrministerium. Fortan ist bei allen Regierungsbildungen, -umbildungen und -entlassungen die Haltung der hinter den Kulissen agierenden Reichswehrführung letztlich entscheidend. „Im politischen Geschehen Deutschlands darf kein Baustein mehr bewegt werden, ohne daß das Wort der Reichswehr ausschlaggebend in die Waagschale geworfen wird.“/13/ Diese Äußerung Groeners gegenüber den Wehrkreiskommandeuren im Herbst 1930 artikuliert nicht anmaßenden Anspruch, sondern charakterisiert die politische Realität.

In Groeners Amtszeit als Reichswehrminister 1928-1932 vollzog sich eine wesentliche Veränderung. War es der Militärclique vor Groener vor allem darum gegangen, eine zivile politische Einflussnahme auf die Reichswehr zu verhindern oder zu paralisieren, so ging sie jetzt, mit Groener und seiner „rechten Hand“ Schleicher an der Spitze, dazu über, immer stärkeren und schließlich *maßgeblichen* Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik der Reichsregierung auszuüben – im Sinne des 1919 von Groener entwickelten, weltherrschaftsfixierten Revancheprogramms.

SPD „toleriert“ das „kleinere Übel“

Die SPD „toleriert“ Brüning als angeblich „kleineres Übel“, was eine Grundbedingung seines Wirkens und damit für die weitere Rechtsentwicklung war. Sie besaß nach wie vor, wenn auch abnehmend, das größte Gewicht in der Arbeiterbewegung. Vor allem, weil die Freien Gewerkschaften und damit die große Masse der gewerkschaftlich organisierten und noch in den Betrieben stehenden Arbeiter der politischen Führung der SPD folgten. Die Auslösung eines politischen Generalstreiks – wie etwa gegen den Kapp-Putsch 1920 – war ohne oder gar gegen die SPD-Führung nicht möglich. Damit hing ein geschlossener, wirkungsvoller Abwehrkampf der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus von der SPD und den Freien Gewerkschaften ab.

Für die Führung der SPD bestand die Hauptmethode, eine Übertragung der Regierungsgewalt an offen faschistische Kräfte zu verhindern, im Nachweis, dass die SPD für das möglichst reibungslose, störungsfreie Funktionieren des bestehenden bürgerlichen Systems unentbehrlich ist – so, wie sie das in ihrem Umgang mit Brüning demonstrierte.

Deshalb kam für sie ein antifaschistisches Bündnis mit den Kommunisten *grundsätzlich* nicht in Betracht. Nur stärkster Druck von der sozialdemokratischen Basis her konnte diese Haltung in ganz seltenen Ausnahmefällen in begrenztem Umfang korrigieren. *Dies war das entscheidende Hindernis für das Zustandekommen der antifaschistischen Einheitsfront.*

Ausgehend von ihrer bejahenden Einstellung zum bürgerlichen Staat, *setzte die SPD seit 1922 in ihren offiziellen Stellungnahmen die Kommunisten mit den Faschisten gleich.* Auf dem Leipziger Parteitag (Juni 1931) gab der SPD-Vorsitzende Otto Wels die Parole aus: „Bolschewismus und Faschismus sind Brüder“/14/.

KPD enthüllt und bekämpft die *Faschisierung*

Die KPD wurde – wie ihre Einschätzungen 1929 dokumentieren – vom Sturz der Hermann-Müller-Regierung und dem Übergang zu Brüning, der Installierung einer Präsidialdiktatur, nicht überrascht. Ein Fazit ihrer bisherigen Erfahrungen und Erkenntnisse zog sie, kurz nach diesen Ereignissen, aber noch Monate vor dem ersten spektakulären Wahlerfolg der Nazifaschisten, in einer Resolution des Polbüros des ZK *über den Kampf gegen den Faschismus* vom 4. Juni 1930.

: Von prinzipieller Bedeutung war die Erkenntnis, dass die vom Monopolkapital ausgelöste

Faschisierung Deutschlands auf *zwei* Wegen vorangetrieben wurde: „sowohl durch die faschistischen Kampforganisationen als auch durch den bürgerlichen Staatsapparat“/15/. Das richtige Erfassen dieses Zusammenhangs, der von den meisten bürgerlichen und sozialdemokratischen Nazigegnern ignoriert wurde, war eine entscheidende Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen den Vormarsch des Faschismus.

Die Resolution kennzeichnete präzise das Wesen, den Klasseninhalt der vorgeblich „national-sozialistischen“ Bewegung: „An ihrer Spitze stehen ausschließlich bewusste und skrupellose Agenten des Finanzkapitals, besonders des schwerindustriellen Unternehmertums.“/16/ Zugleich wurde der tiefe Widerspruch zwischen dem Klassenwesen und der Massenbasis des Faschismus hervorgehoben, den es durch „eine Differenzierung zwischen faschistischen Führern und den irreführten Massen ihrer werktätigen Anhänger“/17/ zu nutzen und zu vertiefen gelte, um die von anderen bürgerlichen Parteien zur Nazipartei strömenden kleinbürgerlichen und bürgerlichen Wähler wieder von den Faschisten zu lösen.

Die in der Resolution gezogene Schlussfolgerung lautete: „Vor der deutschen Arbeiterklasse steht in ganzer Größe die Aufgabe, den Faschismus und seine Terrorbanden bis zur vollständigen Vernichtung niederzukämpfen.“/18/

Zur Taktik, den Formen und Methoden des Kampfes gegen den Faschismus wurde betont, dass dieser Kampf nur als politischer Massenkampf Aussicht auf Erfolg hätte. Das verlange vor allem, die Massen „von sozialdemokratischen, parteilosen und christlichen Arbeitern, von Reichsbannerarbeitern, von SAJ- und Jungbannerarbeitern“/19/ in den Kampf einzubeziehen.

Mit dem Problem der Aktionseinheit wurde in der Resolution vom 4. Juni 1930 die angesichts der Massenbasis der Faschisten kardinale Frage der Mittelschichten verbunden. Es gelte auch, „das notleidende städtische Kleinbürgertum, die Beamten und Angestellten, die verelendeten Kleinhändler, Kleingewerbetreibenden, Handwerker, die verarmten Kleinbauernmassen“/20/ gegen den Faschismus in den Kampf zu führen.

In der Resolution unterstrich die Führung der KPD die entscheidende Bedeutung der *ideologischen Auseinandersetzung mit dem Nazifaschismus*. Zur Reichstagswahl im September 1930 veröffentlichte das ZK der KPD am 24. August 1930 eine „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“. In dem Dokument setzte sich die KPD mit den beiden Hauptrichtungen des ideologischen Angriffs des Nazifaschismus – seiner nationalistischen Hetze und seiner pseudosozialistischen Demagogie – auseinander.

Die Nazipartei wurde als „eine volks- und arbeiterfeindliche, antisozialistische, eine Partei der äußersten Reaktion“, als eine „Partei der mörderischen, faschistischen Diktatur“/21/ charakterisiert, gegen die der schärfste politische und wehrhafte Massenkampf zu führen ist. Es wurde deutlich gemacht, dass die Nazifaschisten in der Innen- wie Außenpolitik *die extremsten Verfechter der Interessen der imperialistischen Bourgeoisie* waren, die sie mittels offenen, blutigen Terrors gegen die Arbeiterbewegung, alle fortschrittlichen, liberalen und pazifistischen Kräfte im Innern und militärischer Aggression nach außen durchzusetzen trachteten.

Die Programmerkklärung zeigte, dass die von dieser imperialistischen Gewaltpolitik ausgehende Gefahr dadurch auf die Spitze getrieben wurde, dass die Nazis sich mit Erfolg darauf orientierten, Millionenmassen insbesondere aus den *Mittelschichten* durch skrupellose Demagogie für die Unterstützung dieser Politik zu mobilisieren.

Der Hauptstoß der Programmerkklärung richtete sich gegen die nationalistische Demagogie der Hitlerfaschisten, ihr wirksamstes Instrument zur Irreführung der Massen. Die Kommunisten wiesen nach, dass die Revanchehetze der Nazis gegen den Versailler Frieden und die Reparationen, ihr Chauvinismus allein den Interessen des deutschen Imperialismus am Ausbau seiner Positionen und an erneuter imperialistischer Expansion dienten. Da die Faschisten unter Ausnutzung der millionenfach verbreiteten Unklarheiten und bürgerlichen Vorurteile in der nationalen Frage mit skrupelloser nationalistischer Demagogie den Kampf um die Massen führten, war es von entscheidender Bedeutung, dass die revolutionäre Arbeiterbewegung ihr Programm in der nationalen Frage offensiv und den Massen verständlich propagierte, dass sie die nationalen Losungen und Traditionen nicht den Faschisten zu verfälschendem Missbrauch überließ, sondern positiv aufgriff und *gegen den bürgerlichen Nationalismus* kehrte.

Faschisierungsprozess forciert

Gefördert und noch gefährlicher wurde dieser mit dem Übergang zur Präsidialdiktatur *eingeleitete* Faschisierungsprozess durch eine von der Rechtsentwicklung seit 1927 ausgelöste und vorangetriebene Umschichtung im bürgerlichen Parteiensystem und seiner Wählerbasis. Begünstigt durch die sich seit 1929/30 entfaltende Weltwirtschaftskrise mit ihren sozialen und mentalen Auswirkungen gelang es der (1928 noch marginalen, ja rückläufigen) faschistischen Partei Hitlers, bei der Reichstagswahl im September 1930 *auf Kosten der anderen bürgerlichen Parteien* zweitstärkste Partei nach der SPD und wählerstärkste *bürgerliche* Partei zu werden, während die anderen bürgerlichen Parteien erhebliche Einbußen erlitten oder in die Bedeutungslosigkeit versanken. Ihr Wahlerfolg zeigte, dass sie es besser als ihre – auch bereits durch Regierungstätigkeit kompromittierten – bürgerlichen Konkurrenten verstand, breite Massen durch nationalistische Hetze und soziale Demagogie für eine extrem reaktionäre Politik zu mobilisieren und von den anderen *bürgerlichen* Parteien enttäuschte Wähler aufzufangen.

Bereits am 6. Oktober 1930 traf Brüning sich insgeheim mit Hitler und bot ihm eine Zusammenarbeit einschließlich Regierungskoalitionen an; außerdem wünschte er sich von Hitler eine lautstarke Opposition vor allem in außenpolitischen Fragen, um französische und englische Zugeständnisse zu erpressen./22/ In der Folgezeit betrieb er, immer bestärkt durch die Reichswehrführung, die baldmöglichste Einbeziehung der Nazis in die Regierung./23/ Noch engere Beziehungen zu den Nazis unterhielt General v. Schleicher vom Reichswehrministerium./24/ Triumphierend, aber voll auf dem Boden der politischen Realitäten, konnte Hitlers Berliner Gauleiter und Reichspropagandaleiter, Goebbels, am Jahresende 1930 die Bilanz ziehen: „Es wird zwar nicht mit uns regiert, aber man wagt doch kaum noch, ohne Rücksicht auf uns zu regieren.“/25/

Allein die KPD machte den Mechanismus des Übergangs vom parlamentarischen Regime zur faschistischen Diktatur klar, der vor allem in einem immer engeren Zusammenspiel zwischen den Präsidialkabinetten – als Hebel einer schrittweisen Faschisierung des bürgerlichen Staates – und der Nazi-Partei bestand.

Wobei man das Licht der Öffentlichkeit scheute. So charakterisiert Thälmann Anfang 1931 das verhängnisvolle Wechselspiel von Präsidialregime und Nazifaschismus, wenn er feststellt, die Konstellation, dass „die faschistische Massenpartei nicht nur außerhalb der Regierung, sondern zur Zeit direkt in einer gewissen Scheinopposition bleibt, ist durchaus neuartig und entspricht ganz spezifischen Bedingungen, unter denen der Faschismus in Deutschland heranwächst“/26/.

Die KPD bekämpfte jeden Akt des Ausbaus der Präsidialdiktatur als Schritt zur offenen faschistischen Diktatur und verfolgte konsequent die Linie, „um jeden Schritt, um jede Handbreit des Bodens, den der Faschismus erobern will, kämpfen und die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiterklasse verteidigen“ (Ernst Thälmann)/27/.

Als **Fazit** ergibt sich:

Die faschistische Diktatur wurde keineswegs „auf einen Schlag“ errichtet. Am 30. Januar 1933 wurde - nach einer mehrjährigen Vorgeschichte – die *Errichtung* der faschistischen Diktatur *vollendet*.

Ihr Verlauf in Etappen hat verschiedene Gründe, u.a. die konkrete Entwicklung der Kräfteverhältnisse und vorrangigen Interessen der verschiedenen Parteien und Interessengruppen in Wirtschaft, Staatsapparaten und Militär. Der Weg eines Militärputsches wurde besonders entschieden von den Militärs abgelehnt – eingedenk der Lehren des gescheiterten Kapp-Putsches.

Knotenpunkt des *Eintritts in den Faschisierungsprozess* war der Übergang zur Präsidialdiktatur Ende März 1930.

Historische Lehren

Vor allem erweist sich die Darstellung der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland als „Nationalsozialistische Machtergreifung“ als besonders dreiste Geschichtslüge. Ohne die von der imperialistischen Reaktion (Finanzkapital, Junkertum, Militär, Staatsbürokratie, Rechtsparteien) seit 1930 vollzogenen Veränderungen im Machtgefüge wäre der 30. Januar 1933 gar nicht möglich gewesen. Diese Veränderungen aber entsprangen den realen ökonomischen und politischen Interessen der bürgerlichen Reaktion, nicht dem Willen nazifaschistischer Politiker und Ideologen. Von letzteren versuchte Alleingänge erlitten im November 1932 (Reichstagswahl) und Januar 1933 (Berliner Provokation am 22. Januar) jämmerlich Schiffbruch.

Erfunden und alljährlich gefeiert wurde die angebliche „Machtergreifung“ von den Naziführern, um davon abzulenken, dass sie von der imperialistischen Reaktion in ihre Regierungspositionen *geschoben* wurden, weil sie sich als deren geeignetste Interessenvertreter erwiesen. Unterstützt wurde diese Demagogie von bürgerlichen Politikern und Meinungsmachern, um ihre Kollaboration mit den Faschisten (bzw. ihre Kapitulation vor ihnen) zu verschleiern. Von der bürgerlichen Geschichtsschreibung und Politologie wurde sie aufgegriffen und wird sie bis heute – vor allem dank des fast absoluten kapitalistischen Medienmonopols - kolportiert, um das bürgerliche, kapitalistische Wesen dieser Vorgänge, die volle Verantwortung des Kapitals für sie und alle ihre Folgen zu vertuschen.

Von größter Bedeutung ist der reale Blick auf die Rolle des bürgerlichen Staatsapparates bei der Vorbereitung und Realisierung der faschistischen Diktatur. Vor allem seine politisch-dirigierenden und Gewalt ausübenden Sektoren wirkten dabei zielsetzend, treibend und formierend. Ihre Rolle war unersetzlich. Die Dominanz reaktionärer Kräfte in diesen Schlüsselbereichen war entscheidend für das praktische Wirken des ganzen Apparates. Dass dieser kaum verändert von der Monarchie übernommen worden war, hat alle reaktionären Entwicklungen wesentlich begünstigt. Es ist eines der bedrohlichsten Probleme der Gegenwart, dass aus diesen historischen Erfahrungen in der BRD zu keiner Zeit ernstzunehmende Konsequenzen gezogen, sondern diese Kardinalfehler der Weimarer Republik geradezu mit Akribie wiederholt *wurden und werden*.

In besonderem Maße faschismusträchtig war das Militär – die „republikanische Reichswehr“. Die Militärclique hat konzeptionell, organisierend und ideologisch-erzieherisch die faschistische Diktatur vorbereitet, ihre schrittweise Etablierung militärisch abgesichert und deren weitere Stabilisierung gewährleistet. Die von ihr erzogenen Kader bildeten das Rückgrat der Hitlerwehrmacht und haben nach dem politisch-militärischen Bankrott 1945 im gleichen Geiste die Streitkräfte der BRD aufgebaut und deren gesellschaftliche Orientierung geprägt.

Die „bürgerliche Mitte“ hat in allen Entscheidungssituationen durch Einschwenken auf den Rechtskurs oder völlige Passivität der Rechtsentwicklung den Weg freigegeben. Bürgerliche Demokraten wie Joseph Wirth waren Ausnahmen und hatten keine Chance, sich durchzusetzen. Die Geschichte der BRD bekräftigt diese Erfahrungen.

Nachdrücklich hat der Weg der Weimarer Republik in die faschistische Diktatur die verhängnisvolle Rolle von Illusionen über die bürgerlich-parlamentarische Demokratie und mit ihnen verknüpfter Vorstellungen über einen reformistischen Weg zum Sozialismus bewiesen.

In der Auseinandersetzung mit faschistischen Kräften und Bestrebungen hat sich auch erwiesen, wie schädlich einerseits mangelnde Organisiertheit, andererseits Sektenfanatismus sind.

Die Erfahrungen der 20er und frühen 30er Jahre beweisen die *Notwendigkeit* einer konsequenten politischen Linie (ausgehend von richtiger Positionierung in der Macht- und Eigentumsfrage) und einer effektiven Führung sowie die Schädlichkeit jedes Schematismus und „revolutionärer Ungeduld“.

Anmerkungen

* Einführungsvortrag auf der Donnerstag-Veranstaltung des Arbeitskreises am 16. Januar 2020.

- 1 Dorothea Groener-Geyer: General Groener. Soldat und Staatsmann, Stuttgart (1955), S. 143.
- 2 Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, (Berlin) 1926, S. 15.
- 3 Vgl. Karl Nuß: Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik. Zur politischen Rolle und Entwicklung der Reichswehr, (Berlin 1977), S. 156/157 u. 336.
- 4 E. Thälmann: Ausgewählte Reden und Schriften in zwei Bänden, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1976, S. 150.
- 5 Zit. nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin 1966, S. 488 u. 487.
- 6 Vgl. H. Karl: Blutmai 1929. In: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, Heft 5/2019, S. 26 ff.
- 7 Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Nr. 50, (Berlin) 1930, S. 37/38.
- 8 G. Hortzschansky, W. Wimmer u.a.: Ernst Thälmann. Eine Biographie, Berlin 1979, S.414.
- 9 Ebenda.
- 10 Ebenda, S. 415.
- 11 Vgl. E. Thälmann: Ausgew. Reden u. Schriften, Bd. 1, S. 211/212.
- 12 Zum Beispiel 1930: 94 Reichstagsitzungen, 98 Gesetze, 5 Notverordnungen; 1931: 41 Reichstagsitzungen, 34 Gesetze, 41 Notverordnungen; 1932: 13 Reichstagsitzungen, 5 Gesetze, 66 Notverordnungen.
- 13 Otto-Ernst Schüddekopf: Das Heer und die Republik, Stuttgart 1960, S. 538.
- 14 Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931, vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus. Protokoll, Berlin 1931, S. 19.
- 15 Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914-1946, Berlin 1954, S. 267.
- 16 Ebenda, S. 265.
- 17 Ebenda, S. 267.
- 18 Ebenda, S. 265.
- 19 Ebenda, S. 267.
- 20 Ebenda.
- 21 Dokumente zur Geschichte der SED. Bd.1:1847 bis 1945, Berlin 1981, S. 249.
- 22 Vgl. Heinrich Brüning: Memoiren 1918-1934, Stuttgart (1970), S. 194-196.
- 23 Vgl. ebenda, S. 394, 400 u. 465.
- 24 Vgl. G. Förster/H. Helmert/ H. Otto/ H. Schnitter: Der preußisch-deutsche Generalstab 1640-1965. Zu seiner politischen Rolle in der Geschichte, Berlin 1966, S. 513.
- 25 Der Angriff, Berlin, 31. Dezember 1930.
- 26 E. Thälmann: Zur Machtfrage. Reden, Artikel und Briefe 1920-1935, Berlin 1982, S. 288.
- 27 Ebenda, S. 278.

Die weiteren Veranstaltungen des *Marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE* im Jahre 2020

Die durch die Coronapandemie bedingten Einschränkungen erforderten eine *Unterbrechung* unseres

Veranstaltungszyklus und damit *terminliche Veränderungen* unseres Veranstaltungsplans. Wir haben die Absicht, alle geplanten Veranstaltungen (evtl. in kürzeren Abständen) bis Ende 2020 durchzuführen – nach Möglichkeit an den geplanten Terminen. Die bisher nicht durchgeführten (März, April und Mai) und *vermutlich* auch die Juni-Veranstaltung würden dann im 2. Halbjahr (*sobald die Bedingungen dafür gegeben sind!*) eingeschoben werden. Die *Wiederaufnahme* unserer Veranstaltungsreihe wird rechtzeitig *bekanntgegeben!* (Geschichtskorrespondenz, *neues deutschland, junge Welt*).

Volkskammer-Wahl am 18. März 1990 – Ursachen und Folgen. Mit Prof. Dr. Siegfried Prokop. (Neuer Termin wird noch bekanntgegeben.)

1945 – Jahr der Befreiung und der Hoffnungen. Mit Prof. Dr. Anton Latzo. (Neuer Termin wird noch bekanntgegeben.)

Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus 1945. Mit Prof. Dr. Wolfgang Triebel. (War für den 28. Mai geplant und *fällt aus*; W. Triebels Darlegungen werden in der *Geschichtskorrespondenz* Nr. 2/2020 im Juli d.J. enthalten sein.)

Polens Rolle in der EU und der NATO. Mit Prof. Dr. Eckart Mehls. (Die für den 18. Juni geplante Veranstaltung wird *vermutlich* noch verschoben werden müssen; genauere Information im Juni.)

Der Platz des 3. Oktober 1990 in der deutschen Geschichte. Mit Prof. Dr. Günter Benser. (Geplant für den 17. September; mit termingemäßer Durchführung ist zu rechnen.)

Vor 100 Jahren: Kommunistische Massenpartei in Deutschland! Mit Prof. Dr. Heinz Karl. (Geplant für den 15. Oktober; mit termingemäßer Durchführung ist zu rechnen.)

Eine weitere Donnerstag-Veranstaltung findet planmäßig am *19. November* statt; vermutlich mit der Thematik einer der ausgefallenen bzw. verschobenen Veranstaltungen.

Die **Veranstaltungen** beginnen um **15.00** Uhr. Sie finden im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24* (am Pistoriusplatz) statt. (Straßenbahn M 4, 12, M 13 bis Albertinenstraße oder Antonplatz, Bus 158 oder 255 bis Woelckpromenade)

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin,
Tel. 030-65 970 79

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin,
Tel. 030-98 665 74